

Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika

Verantwortungsvolle Rohstofflieferketten für nachhaltige Entwicklung

Projektnamen	Regionale Rohstoffgovernance in Westafrika
Beauftragt durch	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), kofinanziert durch die Europäische Union (EU)
Projektregion	Mano River Union Staaten: Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone
Budget	€6.700.000 BMZ + €3.000.000 EU
Dauer	Januar 2023 – Dezember 2025
Phasen	3. Phase für Côte d'Ivoire und Guinea 5. Phase für Liberia und Sierra Leone

Die Herausforderung

In den vier Ländern der Mano River Union (MRU), Côte d'Ivoire, Guinea, Liberia und Sierra Leone, birgt der Rohstoffsektor – v. a. der Abbau von Bauxit, Eisenerz, Gold und Diamanten – großes Wachstumspotenzial. Er ist für den Lebensunterhalt vieler Menschen unerlässlich und hat das Potenzial, zu Wirtschaftswachstum, Industrialisierung und nachhaltiger Entwicklung beizutragen.

Allerdings ist der Sektor in der MRU-Region immer noch mit sozialen Konflikten, umweltschädlichen Abbaumethoden, Menschenrechtsverletzungen, unzureichender Beteiligung der Zivilgesellschaft, intransparenter Verwaltung der Einnahmen und systemischer Korruption konfrontiert. Die Kontrolle des Abbaus und Bekämpfung des Schmuggels von Gold und Diamanten aus dem handwerklichen und Kleinbergbau (ASM) stellt eine besondere Herausforderung dar. Zoll- und Grenzbeamte haben kaum Kenntnisse über Rohstoffe und die illegalen Transportwege über die Landesgrenzen hinweg. Insgesamt sind die Lieferketten für Rohstoffe aus der Region schwer nachverfolgbar und stehen nicht mit Umwelt- und Sozialstandards im Einklang. Dies wiederum stellt die Rohstoffimporteure vor Herausforderungen, da diese zunehmend verpflichtet sind, die Risiken in ihren Lieferketten für Rohstoffe zu identifizieren, zu bewerten und zu mindern.

Vor diesem Hintergrund versuchen die Partnerregierungen mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale

Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Rohstoffe zu Motoren für nachhaltige Entwicklung zu machen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Transparenz von Lieferketten und deren Ausrichtung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Das Projekt leistet wichtige Beiträge zur Erreichung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), insbesondere zur Beendigung von Armut (SDG 1), zu menschenwürdiger Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8), zu nachhaltigem Produzieren und Konsumieren (SDG 12), zu Umwelt und Klimaschutz (SDG 13), zu Gerechtigkeit, Frieden und starken Institutionen (SDG 16) sowie zu Partnerschaften (SDG 17).



Unser Ansatz

Das Vorhaben berät Schlüsselakteure in den Partnerländern dahingehend, wie sie Rohstofflieferketten transparenter und sozial sowie ökologisch verantwortungsvoller gestalten können, indem sie den institutionellen und rechtlichen Rahmen für diesen Sektor verbessern. Zu den Partnerorganisationen gehören staatliche Institutionen auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie der Privatsektor.

Unser Ansatz kombiniert die Stärkung der Kapazitäten von Individuen, Institutionen und Netzwerken mit Fach- und Politikberatung. Die Arbeit des Projekts gliedert sich in drei Bereiche:

1. Kapazitätenstärkung der zuständigen nationalen Behörden zur Durchsetzung von Governance-, Umwelt- und Sozialstandards im Bergbausektor und seinen Lieferketten, einschließlich Aspekten der Rückverfolgbarkeit und der Bekämpfung illegaler Finanzströme.
2. Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der Einrichtung und Nutzung von Beschwerdemechanismen im Bergbausektor.
3. Kapazitätenstärkung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, um die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor transparent zu machen und es der Bevölkerung zu ermöglichen Rechenschaft einzufordern.



Sowohl industrieller als auch handwerklicher und Kleinbergbau haben das Potenzial, die Armut durch höhere Steuereinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verringern. Gleichzeitig stellen sie ein Risiko für den Lebensraum der betroffenen Gemeinden, die Umwelt und eine gute Regierungsführung dar.



Bislang erzielte Ergebnisse

- In allen vier Ländern haben die Steuerbehörden ihre Kapazitäten zur Prüfung von Bergbauunternehmen ausgebaut. Dies hat in der vergangenen Projektphase zu zusätzlichen Steuereinnahmen von insgesamt 62 Millionen Euro geführt.
- Die Bergbaubehörden in **Sierra Leone** und **Liberia** entwickeln ihr digitales Katastersystem weiter und bauen es aus, sodass Rohstoffan- und verkäufe bzw. in Liberia auch per Handy getätigte Lizenzzahlungen abgebildet und veröffentlicht werden können.
- Das Projekt unterstützt die **vier MRU-Mitgliedsstaaten** weiterhin bei der Umsetzung eines regionalen Ansatzes für den Kimberley-Prozess zur Zertifizierung von Diamanten und zur Bekämpfung von Schmuggel durch die Veranstaltung regelmäßiger Treffen von Akteuren der Zivilgesellschaft, des Staates und des Privatsektors.
- Im Rahmen des Projekts wurden rund 80 Vertreter*innen von Bergbauministerien, Strafverfolgungsbehörden, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors in Bezug auf den OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale und die EU-Verordnung über Konfliktmineralien geschult. Die Teilnehmenden haben dieses Wissen an ihre Kolleg*innen und andere Interessengruppen, wie z. B. traditionelle Autoritäten in **Côte d'Ivoire**, weitergegeben. In **Sierra Leone** wurden insgesamt 55 Personen, darunter Akteure der Zivilgesellschaft, nationale Bergbau- und Strafverfolgungsbehörden sowie drei ASM-Gemeinden für Umwelt-, Gesundheits-, Sicherheits- und Sozialstandards sensibilisiert.
- In **Liberia** wurden 68 Inspektor*innen der Umweltschutzbehörde (EPA) und des Bergbauministeriums in der praktischen Anwendung von Prüfrichtlinien in drei ASM-Gebieten geschult. Ziel ist es, eine praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen aufzubauen, um die Einhaltung der Umweltvorschriften im Bergbausektor zu verbessern. In **Côte d'Ivoire** arbeiten die Bergbauverwaltung, die Umweltbehörde und die Agentur zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung gemeinsam an der Verbesserung standardisierter Prüfungen im ASM- und semi-industriellen Sektor. Zwölf Beamte wurden außerdem in den Bereichen Minenschließung und Sanierung geschult.
- In **Guinea** wurde eine Datenbank zur Verarbeitung von Daten

aus Umwelt- und Sozialprüfungen entwickelt, um die Einhaltung diesbezüglicher Standards zu gewährleisten. Acht Mitarbeiter*innen des Umweltministeriums wurden in der Nutzung und Pflege des digitalen Tools geschult. Das Projekt begleitete drei gemeinsame Umweltprüfungen mit den Ministerien für Bergbau und Umwelt.

- In **Sierra Leone** und **Liberia** werden im Rahmen des Projekts Zuschüsse zur Unterstützung von ASM-Verbänden und -Kooperativen gewährt, um den handwerklichen Goldabbau zu formalisieren und die Einhaltung von Sicherheits- und Umweltstandards zu verbessern.
- Im Rahmen des Projekts wurden mehr als 130 Strafverfolgungsbeamte in den wichtigsten Städten und an den Grenzen in Maßnahmen zur Aufdeckung und Verfolgung von illegalem Rohstoffhandel geschult.
- Über 1000 Mitglieder der Grenzgemeinden (30% Frauen) in der **Region** wurden über die negativen Auswirkungen des Rohstoffschmuggels aufgeklärt. An den Grenzen wurden zur Fortsetzung der Aktivität insgesamt 16 Komitees zur Schmuggelbekämpfung eingerichtet, um als Bindeglied zwischen den Gemeinden und den Strafverfolgungsbehörden einen zügigen Informationsaustausch zu gewährleisten.
- Mehr als 40 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, des Privatsektors, der Wissenschaft und der Medien nahmen an einem Workshop teil, um Empfehlungen für die laufende Überarbeitung des Bergbaugesetzes in **Côte d'Ivoire** zu erarbeiten. Die zuständigen Behörden erhielten die Empfehlungen, die nun in die Beratungen zum neuen Bergbaugesetz einfließen werden.
- In **Sierra Leone**, **Guinea** und **Liberia** wurden etwa 1000 Gemeindemitglieder über die Auswirkungen des Bergbaus, ihre Beteiligungsrechte sowie über Beschwerde- und Lösungsmechanismen aufgeklärt, die mit Unterstützung des Projekts in den vier Ländern eingerichtet werden.
- Mit Unterstützung des Projekts sammelte ein Konsortium von fünf zivilgesellschaftlichen Organisationen über einen Zeitraum von sechs Monaten Daten über Beschwerden in ausgewählten Bergbaugemeinden **Guineas**. Die Ergebnisse dienten als Grundlage für zwei Multi-Stakeholder-Dialogforen in Bergbaugemeinden mit über 200 Teilnehmenden. Ziel dieser Dialoge ist es, gemeinsam Lösungen und Vereinbarungen zu finden, um Konflikte auf Gemeindeebene zu verhindern oder beizulegen.

Veröffentlicht
durch:

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
registriert in Bonn und Eschborn, Germany

Regional Resource Governance in West Africa
GIZ Office Freetown
Tel: +232 76 103 297
E-Mail: stefan.bauchowitz@giz.de
Web: www.giz.de/en/worldwide/15792.html

Datum:

Juli 2024

Layout:

Bettina Riedel, briedel64@gmx.de

Fotos:

GIZ / Michael Duff (Duff TV)
GIZ / Roman Ambühl

Text:

Dr. Stefan Bauchowitz, Vera Jemiller

GIZ ist verantwortlich für den Inhalt dieser Publikation.

Beauftragt durch: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)

Kofinanziert durch: Europäische Union (EU)